



LANDTAGSPOST

HELMUT DAMMANN-TAMKE

KAI SEEFRIED

Mitglieder der CDU-Landtagsfraktion

Ausgabe November 2019

EDITORIAL



Liebe Leserinnen und Leser,

nach der Plenarwoche in Hannover mit wichtigen Themen wie die Zukunft der Windenergie und der Landwirtschaft ging es gleich weiter nach Leipzig zum 32. Parteitag der CDU Deutschlands.

Nach den Personaldebatten der letzten Wochen ist der Parteitag mit Spannung erwartet worden. Ich bin gespannt auf die Ergebnisse und baue darauf, dass Themen und Inhalte die Botschaften dieses Parteitages sein werden. Wir müssen Vertrauen wieder zurückgewinnen. Hierfür brauchen wir vor allem Geschlossenheit und ein gemeinsames Ziel. Die Menschen müssen spüren, dass wir es sind, die seit über 70 Jahren ein Garant für Sicherheit und Wohlstand für alle sind und dass wir aus Liebe für unser Land Politik machen. Dieses Signal wünsche ich mir als Botschaft aus Leipzig.

Kai Seefried

Kai Seefried und Helmut Dammann-Tamke: Niedersachsen unterstützt Straßenbauprojekte im Landkreis Stade mit 683.000 Euro

Mit dem „Jahresbauprogramm 2020 zur Verbesserung der Verkehrsverhältnisse in den Gemeinden“ fördert das Niedersächsische Wirtschaftsministerium die kommunale Straßeninfrastruktur. Insgesamt stehen dafür im kommenden Jahr 75 Millionen Euro zur Verfügung. Die CDU Landtagsabgeordneten Kai Seefried und Helmut Dammann-Tamke freuen sich: „Der Landkreis Stade profitiert von diesem Programm in doppelter Hinsicht: Sowohl der Neubau eines Radweges entlang der Kreisstraße 77 zwischen Klein Hollenbeck und Bargstedt als auch Ausbau des Knotenpunktes „Schiffertorstraße/Wallstraße“ zum Kreisel werden mit insgesamt mehr als einer halben Million Euro gefördert.“



Die beiden Abgeordneten sehen den Schwerpunkt des Programms richtig gesetzt: „Das Jahresbauprogramm ermöglicht sowohl den Neubau als auch den verkehrsgerechten Ausbau von verkehrswichtigen Straßen, Radwegen, Ortsdurchfahrten und Brücken. Mit den Maßnahmen können die Bausubstanz und die Leistungsfähigkeit unserer Infrastruktur verbessert werden.“

Beim verkehrsgerechten Ausbau von vorhandenen Straßen handelt es sich beispielsweise um Maßnahmen zur Verbesserung der Verkehrssicherheit oder die Neuordnung des Straßenraumes zu Gunsten von Fußgängern und Radfahrern. Auch der Neu- oder Ausbau von Radwegen an kommunalen Straßen sowie weitere investive Vorhaben zur Förderung des Radverkehrs können bezuschusst werden. Weiterhin ist eine Förderung der Errichtung von Ampeln und Kreiseln, die Beseitigung von Unfallschwerpunkten, Maßnahmen zur Schulwegsicherung, Vorhaben zur Verkehrssteuerung und der Aus- bzw. Neubau von Nebenanlagen an Landes- oder Bundesstraßen und die technische Sicherung von Bahnübergängen mit den Mitteln des Jahresbauprogramms möglich.

Bley: Meisterpflicht wieder einführen – Bekenntnis zu Qualität, Wissensvermittlung und Verbraucherschutz

Hannover. Der wirtschaftspolitische Sprecher der CDU-Landtagsfraktion, Karl-Heinz Bley, begrüßt den Beschluss des Bundeskabinetts, die Meisterpflicht „zumindest in 12 Berufen“ wieder einzuführen. Hiervon betroffen sind hauptsächlich Berufe des Bauhandwerks, aber auch Orgelbauer und Holzspielzeugmacher. „Die Abschaffung der Meisterpflicht in 53 von 94 Handwerksberufen vor rund 15 Jahren war ein Fehler. Es zeichnete sich schnell ab, dass die Weitergabe von Wissen und eine qualifizierte Ausbildung in den zulassungsfreien Handwerksberufen gefährdet sind“, sagte Bley zur Begründung eines unterstützenden Entschließungsantrags von CDU und SPD.

Die Bundesrepublik werde in der ganzen Welt für ihre duale Berufsausbildung gelobt, die große Anerkennung erfahre und Nachahmer finde, so Bley weiter. „Zur dualen Ausbildung gehört aber auch die Meisterprüfung. Sie ist die Voraussetzung für die Ausübung von gefahrgeneigten Berufen.“ Der Meisterbrief stehe zudem für Qualität, Wettbewerbsfähigkeit, Verbraucherschutz und einen hohen Ausbildungsstandard. „Das sieht auch die Europäische Kommission so!“ Die Landesregierung solle sich nun dafür einsetzen, dass die verbleibenden zulassungsfreien Handwerke die gleichen Möglichkeiten zur Weiterentwicklung haben wie Handwerke mit Meisterpflicht.

„Hierzu gehören die verstärkte Forderung von Aus- und Weiterbildung sowie die Option, spätestens mit der vorgesehenen Evaluierung in fünf Jahren gegebenenfalls auch die Einstufung als zulassungspflichtiges Handwerk zu erfahren“, so Bley abschließend.



Ehbrecht: Netzausbau-Offensive für ländlichen Raum starten – gleiche Lebensverhältnisse in ganz Niedersachsen

Hannover. Vor dem Hintergrund zahlreicher „weißer Flecken“ bei der Mobilfunkversorgung in Niedersachsen legen CDU und SPD im Rahmen ihrer Digitalisierungs-offensive einen besonderen Schwerpunkt auf den ländlichen Raum. „Eine leistungsfähige Versorgung mit mobilen Datendiensten ist die Basis für die Gigabit-Gesellschaft von morgen. Nur bei optimaler Versorgung in allen Landesteilen können im ganzen Land neue innovative Geschäftsmodelle und zukunftsfähige Arbeitsplätze entstehen“, sagte der CDU-Landtagsabgeordnete Thomas Ehbrecht zur Einbringung des Antrages beider Regierungsfraktionen.

„Schon jetzt arbeitet die Landesregierung an einem Landesförderprogramm für eine flächendeckende Mobilfunkversorgung in den ländlichen und grenznahen Regionen, die ansonsten aufgrund fehlender Wirtschaftlichkeit der Investitionen nicht dauerhaft versorgt werden können. Hierfür sind im Masterplan Digitalisierung 20 Millionen Euro vorgesehen“, so Ehbrecht weiter. „Auch der Bund sollte, wie von den Ländern gefordert, ein solches Programm auflegen.“

Doch auch die betroffenen Kommunen selbst wolle man mithilfe geförderter Mietmodelle in die Lage versetzen, eigene Mobilfunkstandorte zu initiieren oder entsprechende Baukonzessionen zu vergeben. Darüber hinaus soll die Landesregierung gebeten werden, bestehende Digitalstandorte des staatlichen Behördenfunks derart zu ertüchtigen, dass Netzbetreiber diese kostenpflichtig mit nutzen können.



Thiele: Windenergie Kerntechnologie der Energiewende – Klimaschutz vor Artenschutz

Hannover. Vor dem Hintergrund des Stellenabbaus beim Auricher Windenergieanlagen-Hersteller Enercon hat sich der stellvertretende CDU-Fraktionsvorsitzende Ulf Thiele für einen erheblichen Ausbau der Windenergie in Niedersachsen ausgesprochen. Hierfür müsse „aber endlich eine der größten Bremsen gelöst werden: Die langwierigen Planungs- und Genehmigungsverfahren in Deutschland.“

Zugleich ging er in seiner Erwiderung auf die Regierungserklärung von Ministerpräsident Stephan Weil mit dem Management des größten ostfriesischen Unternehmens hart ins Gericht: „In Wahrheit hängt der geplante



Arbeitsplatzabbau nur zu einem Teil mit den schlechten Rahmenbedingungen für die Windenergie zusammen. Ein wesentlicher Teil der geplanten Entlassungen ist eine knallharte Kostenentscheidung und dient der Korrektur eigener Fehler der vergangenen Jahre.“

Die Übergangsregelung der EEG-Novelle habe bis zum Jahr 2017 zu einem Errichtungsboom geführt, der den für eine kontinuierliche Entwicklung erforderlichen Bestand an genehmigten Projekten empfindlich reduziert habe, so Thiele: „Aufgrund der eingetretenen Verunsicherung und der hohen Vorinvestitionen bei sinkender Renditeerwartung für die Projektentwicklungen wurden gleichzeitig weniger neue Planungen zur

Genehmigungsreife vorangetrieben.“ Da zugleich der größte Anteil der Zuschläge auf Bürgerenergieprojekte entfallen ist, deren Realisierung länger braucht, würde der für 2019 und 2020 vorgesehene Ausbaupfad unterschritten.

„Wenn wir das selbstgesteckte Ziel erreichen wollen, bis zum Jahr 2030 den Stromverbrauch zu 65 Prozent aus erneuerbaren Energien zu decken, ist dafür ein erheblicher Ausbau der Windkraft zwingend erforderlich“, so Thiele. Hierfür sei es insbesondere notwendig, die langwierigen Planungs- und Genehmigungsverfahren zu überarbeiten. Als Beispiel nannte er das Repowering bereits bestehender Windkraftanlagen. So könne die Nutzung dieser Flächen teilweise nicht verlängert werden, weil Vögel, die vor 20 Jahren noch an anderer Stelle genistet hatten, sich nun ausgerechnet unter den Windkraftanlagen angesiedelt haben – „mit der Konsequenz, dass diese Flächen dann nicht mehr zur Verfügung stehen.“ Hier sei, so Thiele, Bundesumweltministerin Schulze gefragt: „Sie muss eine Novelle des Bundesnaturschutzgesetzes mit Ausnahmen für die Windenergie von Artenschutz und Ausgleichsmaßnahmen vorlegen. Denn: Wenn wir das Klima nicht schützen, gibt es bald keine Arten mehr, die das Bundesnaturschutzgesetz schützen kann. Deswegen muss der Klimaschutz Vorrang vor dem Artenschutz bekommen.“

Die von der Bundesregierung vorgeschlagene 1000-Meter-Abstandsregelung zur Wohnbebauung solle man sich allerdings ohne Vorbehalte ansehen. „Das gesamte Genehmigungsverfahren leidet erheblich unter den Konflikten mit der Bevölkerung. Und sie werden deutlich beschleunigt, wenn die Konflikte zu Wohnbevölkerung entschärft werden. Mehr Rücksichtnahme auf die Bevölkerung und zugleich Begrenzung des Artenschutzes auf das notwendige Maß – in dieser Kombination stünden ganz sicher in kürzerer Zeit mehr Flächen für die Windenergie zur Verfügung“, so der stellvertretende Fraktionsvorsitzende abschließend.

Toepffer: CDU setzt Überprüfung zweifelhafter Nitrat-Messstellen durch – Überwachungsprogramm mit Landwirten umsetzen

Hannover. Vor dem Hintergrund der anhaltenden Diskussion um mutmaßlich fehlerhafte Nitratmessungen in Niedersachsen hat die CDU-Landtagsfraktion eine regelmäßige Überwachung der relevanten Boden- und Gewässer-Messstellen erwirkt. Demnach sollen die Stellen künftig alle zwei statt wie bisher alle acht bis zehn Jahre und darüber hinaus anlassbezogen überprüft und bei Bedarf ertüchtigt werden. Den zu bestimmten Messstellen geäußerten Zweifeln werde die Landesregierung unmittelbar nach Inkrafttreten der Verordnung nachgehen, teilte CDU-Fraktionschef Dirk Toepffer am Montag mit.



Darüber hinaus sei es gelungen, im Rahmen der Novellierung der Düngeverordnung eine Prüfung auf Bundesebene vorzusehen, ob die ermittelte potentielle Nitratsickerwasserkonzentration auf Gemeindeebene zur Abgrenzung der Gebietskulisse Grundwasser herangezogen werden kann.

Toepffer lobte die Einigung zwischen den beteiligten Häusern der niedersächsischen Landesregierung als „Sieg der Vernunft und wichtiges Signal an die vielen Landwirte in Niedersachsen, denen wir nicht mehr erklären konnten, wieso auch mutmaßlich falsche Messungen Grundlage für die Ausweisung Roter Gebiete sind.“ Die Landwirte in Niedersachsen seien selbstverständlich bereit, ihren Anteil an einer Verbesserung der Bodenwerte zu leisten, „nicht aber auf Grundlage von Messungen, die objektiv nicht stimmen können.“ Die CDU-Landtagsfraktion fordert nun, die Landwirte eng in die Entwicklung und Umsetzung des Überwachungsprogramms einzubinden. „Wir müssen viel Vertrauen zurückgewinnen und Hand in Hand mit den Landwirten entscheiden, wie wir mit den dann festgestellten Abweichungen umgehen“, so Toepffer abschließend.

Calderone: Rechtslage bei IS-Rückkehrern eindeutig – Rechtsstaat ist handlungs- und durchsetzungsfähig



Hannover. In türkischer Haft sitzen inklusive Kinder 29 Deutsche bei denen ein Bezug zum IS angenommen wird, in Syrien und im Nordirak sind es ca. 95 Erwachsene und 250 Kinder. Laut Bundesregierung sind seit 2013 rund 1000 Islamisten mit deutschem Pass in den Nahen Osten ausgereist. Auch mit deren Rückkehr muss man rechnen. Dazu erklärt Christian Calderone, justizpolitischer Sprecher der CDU-Landtagsfraktion:

„Wir sprechen über eine Herausforderung für den Staat, die weit größer ist als die, über die wir hinsichtlich der Abschiebungen aus der Türkei aktuell diskutierten. Die Rücknahme von 20 bis 40 Personen ist recht geordnet und in Deutschland planbar.“ Die Rechtslage für die Rückkehr dieser Personen sei eindeutig, wenn auch in diesem Fall unerfreulich: „Schiebt ein Staat ab, dann muss Deutschland seine Staatsbürger zurücknehmen. Um Unerfreulichkeit geht es dabei nicht, sondern um Rechtsstaatlichkeit. Und die Rechtsstaatlichkeit muss gerade hier im Vordergrund stehen, wenn wir gegenüber intoleranten, terroristischen, islamistischen Strukturen verdeutlichen müssen, dass der deutsche Rechtsstaat handlungsfähig und durchsetzungsfähig ist“, so Calderone. Ziel müsse es sein, dass Rückkehrer, die sich wegen Terrorstraftaten oder nach Völkerstrafrecht zu verantworten haben, gleich am Flughafen festgesetzt und in Haft genommen werden können. „Die strafrechtliche und strafprozessuale Abarbeitung der IS-Rückkehrer ist der Lackmустest für unseren Staatsschutz und unsere Justiz. Hier wird sich zeigen, ob die Strafverschärfungen zur Bekämpfung des Terrorismus ausreichend sind oder ob und an welcher Stelle wir nachsteuern müssen“, so der Justizexperte.

Wichtig sei der CDU auch, dass der Verfassungsschutz über dieselben Instrumente verfüge, die über das Niedersächsische Polizei und Ordnungsgesetz der Polizei zur Verfügung stehen. Hier sei dringender Handlungsbedarf gegeben und die Politik sei gefordert, diesen Handlungsbedarf schnell und konstruktiv zu beseitigen. „Das Gefahrenabwehrrecht umfasst jetzt auch Maßnahmen, die speziell auf terroristische Gefährder zugeschnitten sind, Meldeauflagen, Kontakt- und Aufenthaltsverbote, Aufenthaltsvorgaben, Aufenthaltsüberwachung, erweiterte Möglichkeiten der Telekommunikationsüberwachung. Diese Maßnahmen müssen wir konsequent anwenden“, so Calderone.

Nicht unerwähnt lassen wolle er, dass auch die Jugendämter herausgefordert sind, sich um die Kinder der IS-Rückkehrer zu kümmern: „Wir haben eine Verantwortung für deren Zukunft, die sie nicht in Hass, Enge und Kriminalität verbringen sollten, sondern in den fantastischen Möglichkeiten, die unsere freiheitliche Gesellschaft jedem Einwohner guten Willens bietet.“

Bäumer: Unsere Bequemlichkeit hat hohen Preis – Koalition legt Maßnahmenkatalog zur Plastikreduktion vor

Hannover. Vor dem Hintergrund der immer weiter zunehmenden Pro-Kopf-Produktion von Verpackungsmüll in Deutschland hat sich der stellvertretende CDU-Fraktionsvorsitzende Martin Bäumer für einen Maßnahmenmix aus klugen Verboten und erfolgversprechenden Anreizen zur Reduktion von Kunststoffen ausgesprochen. In einem heute beschlossenen Entschließungsantrag fordern die Regierungsfractionen von CDU und SPD unter anderem ein Verbot von Einwegplastik in Trinkhalmen, Einwegtellern, Wattestäbchen und Luftballons-Halterungen. Darüber hinaus sollen Anreize wie für den Ausbau von Mehrwegsystemen in der Gastronomie und bei öffentlichen Veranstaltungen geschaffen werden. „Wir alle kennen die vordergründig praktischen Vorteile von Plastik. Doch einmal in die Umwelt eingebracht, dauert es hunderte Jahre, bis sich die Kunststoffe aufgelöst haben“, so Bäumer. „Nur ein Bruchteil wird recycelt, viel Plastikmüll wird nach Asien exportiert. Das ist doch keine Lösung, sondern beschämend für ein so hoch entwickeltes Land wie Deutschland. Damit muss endgültig Schluss sein. Für unsere Bequemlichkeit zahlen wir einen hohen Preis, und dabei gibt es längst Alternativen für Einwegplastik. Um es plakativ zu sagen: Wenn die Früchte so niedrig hängen, dann muss man sie pflücken!“



„Politik hat die Aufgabe, sich um jeden Eintrag von Plastik in die Umwelt zu kümmern, und dieser Aufgabe kommt die Regierungskoalition mit diesem Antrag nach“, so der Fraktionsvize abschließend.

CDU Kreisverband mit neuem Vorstand

Jork. Zu seinem diesjährigen CDU Kreisparteitag hatte der CDU Kreisverband Stade in das Herz des Alten Landes nach Jork auf den Herzapfelhof Lühs eingeladen. In der besonderen Atmosphäre der neuen Räume des Herzapfelhofes standen die Neuwahlen des kompletten Kreisvorstandes sowie eine informative Diskussion mit den Abgeordneten aus dem Niedersächsischen Landtag und dem Deutschen Bundestag auf der Tagesordnung. Seit 10 Jahren führt der CDU Landtagsabgeordnete und Generalsekretär der CDU in Niedersachsen Kai Seefried bereits die CDU im Landkreis Stade als Vorsitzender. Nach seinem Bericht dankten die Vorstandsmitglieder ihm für die erfolgreiche Arbeit und die gute Zusammenarbeit mit einem Geschenk.



In seinem Bericht ging Seefried auf die vergangenen 10 Jahre, aber auch auf die aktuelle politische Stimmung und gesellschaftlichen Veränderungen ein. „Wir können stolz auf unsere derzeitige Positionierung im Landkreis Stade sein. Bei allen vergangenen Wahlen - von der kommunalen Ebene über den Niedersächsischen Landtag, den Deutschen Bundestag bis hin zum Europaparlament: bei allen Wahlen haben wir überdurchschnittliche Ergebnisse für die CDU erreichen können“, so Seefried. Den Grund sieht Seefried vor allem in der Geschlossenheit und dem gemeinsamen Auftreten der CDU im Landkreis, angefangen auf der Ebene der Gemeinden und Städte, bis hin zu den Abgeordneten in den Parlamenten, die gemeinsam

für die Interessen der Region eintreten. Seefried schaute aber auch kritisch auf aktuelle Entwicklungen in Politik und Gesellschaft. „Wenn aus Hass Gewalt wird und sowohl Extremismus als auch Antisemitismus zunehmen, muss es gerade die CDU sein, die eine deutliche klare Linie aufzeigt: bis hierhin und nicht weiter!“ Eine klare Linie zog Seefried dann auch im Hinblick auf die Werteunion. Der Kreisvorsitzende unterstrich, dass es wichtig sei, dass die CDU unterschiedliche Lager habe, von sozial-liberal über eine starke Mitte bis hin zum Wertkonservativen. Genau hierin liege die Stärke der CDU als Volkspartei. Er scheue auch keine kritische Diskussion, sondern ermuntere ausdrücklich dazu, kontrovers zu diskutieren und um den richtigen Weg zu ringen. Hierfür benötige er jedoch ausdrücklich keine eigene Gruppierung, die meint, die Werte der CDU zu vertreten, sondern dies mache er selber und dies sollte auch jedes Mitglied der CDU für sich selbst tun. Erfolgreich könne man nur geschlossen und gemeinsam sein, so Seefried. Zum Abschluss richtete Seefried den Blick in Richtung Zukunft und forderte seine Partei bereits heute dazu auf, sich auf die Kommunalwahl im Jahr 2021 vorzubereiten. Es gehe jetzt darum, die richtigen Inhalte und die Zukunftsthemen für die Region zu entwickeln und Kandidatinnen und Kandidaten zur Mitarbeit zu motivieren.

Bei den anschließenden Wahlen zum neuen Kreisvorstand kam es aufgrund des Rückzuges von Alexander Krause aus Buxtehude als stellvertretenden Kreisvorsitzenden zu Veränderungen. Krause kandidierte in diesem Jahr aufgrund seiner beruflichen Situation nicht erneut für die Position. Für die Position der drei stellvertretenden Kreisvorsitzenden gab es



sodann fünf Bewerbungen. Neben den beiden bisherigen stellvertretenden Vorsitzenden Silja Köpcke und Jürgen Deden bewarben sich Melanie Rost aus Stade, Jürgen Schlichting aus Hammah sowie der CDU Bundestagsabgeordnete Oliver Grundmann. In einem



spannenden und sehr fairen Wettbewerb wurden Silja Köpcke und Jürgen Deden in ihren Positionen bestätigt. Neu zur stellvertretenden Kreisvorsitzenden wurde Melanie Rost gewählt. Komplettiert wird der Kreisvorstand durch neun Beisitzer sowie Vertretern aus den Vereinigungen.

TERMINE KAI SEEFRIED

22. – 23. November

Bundesparteitag der CDU
Deutschlands in Leipzig

25. November 15.30 Uhr

Vorstandssitzung der CDU-
Landtagsfraktion in Hannover

27. November 10.00 Uhr

30 Jahre Seniorenunion im KV
Hildesheim

28. November 19.00 Uhr

Mitgliederversammlung CDU
Gemeindeverband Südheide

29. November 16.00 Uhr

Landesvorstandssitzung der CDU in
Niedersachsen in Hildesheim

5. Dezember 17.00 Uhr

Bremer Tabak-Collegium in Bremen

7. Dezember 13.30 Uhr

Eröffnung Weihnachtsmarkt Mulsum

7. Dezember 16.00 Uhr

Besuch des Landesvorsitzenden Dr.
Bernd Althusmann auf dem
Christkindmarkt in Himmelpforten

TERMINE HELMUT DAMMANN-TAMKE

22. – 23. November

Bundesparteitag der CDU
Deutschlands in Leipzig

29. November 9.00 Uhr

Generalversammlung der RAISA in
Harsefeld

2. Dezember 12.00 Uhr

Mitgliederversammlung
Niedersächsisches Landvolk in
Hannover

3. Dezember 17.00 Uhr

Landesfachausschuss Landwirtschaft
Hannover

4. Dezember 14.00 Uhr

Agrarausschuss in Hannover

*Die hier dargestellten Termine sind nur eine
kleine Auswahl der Termine der beiden
Landtagsabgeordneten.*

Statt der üblicherweise zum Parteitag gehörenden Berichte aus den Parlamenten, setzte der Kreisvorstand in diesem Jahr auf ein neues Format. So konnten die Mitglieder im Vorwege und während des Parteitages schriftlich ihre Fragen an die Abgeordneten einreichen. Im Anschluss standen dann Oliver Grundmann für den Deutschen Bundestag und Helmut Dammann-Tamke sowie Kai Seefried für den Niedersächsischen Landtag Rede und Antwort und hatten exakt 60 Sekunden für jede Antwort zur Verfügung. So konnten viele Themen, von der Grundrente über die Pflege, über die aktuelle Diskussion um die Landwirtschaftspolitik bis hin zur Bildung kurz und knackig angesprochen werden.



IMPRESSUM

Herausgeber:

Kai Seefried MdL
Helmut Dammann-Tamke MdL

Anschrift:

Wahlkreisbüro Stade
Am Hinterdeich 4
21680 Stade

Kontakt:

E-Mail: mail@kai-seefried.de
E-Mail: wahlkreisbuero@dammann-tamke.de
Telefon: 04141/ 7976488 oder 7976489

Möchten Sie die „Landtagspost“ per Email beziehen oder uns weiterempfehlen? Wir sind gerne für Sie erreichbar!

Weitere Infos:

www.kai-seefried.de oder www.dammann-tamke.de